

H

ereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 10

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis 5 Mark pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Glockengraben-Str. 1. Fernr.: Nordsee 2246.

Hamburg, den 5. März 1921

Anzeigen kosten die sechsgepaaltene Non-
pareille oder deren Raum 2 Mark
(Der Betrag ist stets vorher einzulassen.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

35. Jahrg.

Verbandsrat zur Reform unseres Beitrags- und Unterstützungswesens.

In seiner Sitzung am 26. Februar hat der Verbandsrat zu der bereits unter anderem im letzten "Anzeiger" angeführten Vorlage des Verbandsrates Stellung genommen. Nach eingehender Auswertung, in der fast alle Mitglieder das Wort nahmen, wurden schließlich die gemachten Vorschläge nach Ablehnung des Antrages, der eine noch größere Erhöhung der Streifenunterstützungen auf Kosten der Erwerbslosenunterstützung anzuwenden, einstimmig angenommen. Auch der Meinung schloß man sich einmütig an, daß die erhöhten Unterstühtungen und neuen Beiträge möglichst bald in Kraft treten, weil sonst die beste Zeit im laufenden Jahre verstreichen würde, bevor die neue Reform ihre Wirkungen ausübt. Deshalb müssen die Kollegen der Filialen bis Mitte März zu den Beschlüssen des Verbandsrat Stellung nehmen und beschließen, welche Beiträge in Zukunft zu dem obligatorischen Beitrag an die Hauptkasse erhoben werden sollen. Diese Beiträge immer auf 25 % abgerundet werden, um die Zahl der Anträge aus verwaltungstechnischen und finanziellen Gründen möglichst zu vermindern.

Nachfolgend einige Darlegungen über die Gestaltung unserer Finanzlage im Jahre 1920 und daran anschließende vorgeschlagenen Änderungen der §§ 15, 18, 28 und 29 des Statuts mit kurzen Erläuterungen.

Seit der letzten Reform unserer Beiträge und Unterstützungseinrichtungen, vom 1. Mai 1920 an, haben sich die Verhältnisse ganz gewaltig geändert. Die Entwertung des Geldes tritt viel stärker hervor, so daß die damals noch einigermaßen zeitgemäßen Unterstützungssätze besonders im Streifen heute den allerbedeutsamsten Ansprüchen nicht mehr genügen. Deshalb mußten die Filialen Zusätze leisten, was aber eine sehr ungleichmäßige Belastung der Kollegen in den einzelnen Orten zur Folge hatte.

Im Vorjahre kam es uns aber auch weniger auf die Erhöhung der Unterstühtungen, besonders bei der Erwerbslosen- und Sterbeunterstützung, an (nur die Streifenunterstützung wurde wesentlich erhöht) als auf die Vereinfachung unseres Verwaltungs- und Unterstützungssystems, besonders auf den Wegfall der freiwilligen Klassen, auf die Vereinheitlichung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung unter anderen. Diese Reform hat damals allgemeine Anerkennung gefunden, trotzdem sie einen tiefen Eingriff in das Statut bedeutete, und den gewollten Zweck auch voll erreicht. Denn die Berechnung der Unterstützungssätze ist jetzt so leicht, daß niemand mehr über Bürokratismus klagen kann.

Natürlich hat die vorjährige Reform jedoch auch eine gewisse Mehrausgabe erforderlich, die unsere Kasse der entgegen manchen schlimmen Besorgungen, die wir von gar nicht wenig Kollegen hörten — gut überstanden hat, so daß wir also ohne Erhöhung der Unterstühtungen mit dem bestehenden Beitrage durchaus auskommen würden trotz steigender Druck-, Verwaltungs- und anderer Kosten mehr.

Unsere Einnahmen sind gestiegen von 2414841,14 M. im Jahre 1919 auf 6176233,27 M. im Jahre 1920 und die Ausgaben von 1567579,99 M. auf 3044723,10 M. im Jahre 1920. Das ergibt 1919 eine Mehreinnahme von 847261,15 M. und 1920 um 1181510,17 M.

Das Vermögen der Hauptkasse betrug:
Ende 1919 1.688.832,12 M.
1920 2.800.842,29 M.

Ist dieser Vermögenszuwachs angesichts der Entwertung des Geldes auch nicht gerade außergewöhnlich hoch, so gewinnt er bei näherer Betrachtung doch eine ganz außerordentliche Bedeutung. So leisteten wir im Vorjahre die höheren Unterstühtungen vom Tage der Erhöhung der Beiträge an, eine Maßnahme, die früher niemals üblich war. Da mußten erst längere Zeit hindurch die erhöhten Beiträge geleistet werden, bevor die Unterstühtungen stiegen. — Ferner haben wir aber auch mit einer ganz erheblichen Streifenbewegung für unsere Lackiererkollegen in der Industrie zu rechnen gehabt und außerdem mit einer größeren Arbeits-

losigkeit wie nie zuvor. Das mögen folgende Darlegungen beweisen.

Während die Beiträge vom 1. Mai 1920 an fliegen, im Mittel um 80 %, gaben wir aus pro Mitglied für:

	1919	1920
Streifenunterstützung	4,13 M.	14,28 M.
Arbeitslosenunterstützung ...	3,35 "	10,84 "
Reisenunterstützung	—,01 "	—,27 "
Krankenunterstützung	3,33 "	6,44 "
Sterbenunterstützung	—,54 "	—,80 "
Gemäßregeltenunterstützung ..	—,07 "	—,23 "
Rechtschutz	—,01 "	—,09 "

Insgesamt betragen die Ausgaben der Hauptkasse für diese Unterstühtungen pro Mitglied im Jahre 1919 11,44 M., im Jahre 1920 dagegen 32,96 M., also nahezu 300 % mehr. — Natürlich kommt dabei in Betracht, daß 1920 all die vielen Mitglieder unterstützungsberechtigt wurden, die nach der Revolution und der Demobilisation in großer Zahl eingetreten sind. Aber wenn wir dieses schwere Jahr des ersten großen Ansturmes auf unsere Kasse so gut überstanden haben, so ist das ein erfreuliches Zeichen für die Finanzkraft unseres Verbandes.

Um welche Summen es sich bei unseren Unterstühtungsleistungen handelt, zeigen folgende Zahlen: Wir gaben im Jahre 1920 aus für Streifen 714546 M., für Arbeitslose 542187 M., für Kranke 822829 M., für reisende Kollegen 1854 M., für Unterstühtung in Sterbefällen 40880 M., für Gemäßregelte 11508 M. und für Rechtschutz 492 M.; insgesamt für diese Unterstühtungen 1.632.796,08 M.

Daß von nun an eine Erhöhung vor allem der Streifenunterstützung dringend nötig ist, bedarf keines Nachweises. Aber auch die übrigen Unterstühtungen sind völlig unzureichend, womit wir uns in Übereinstimmung mit vielen Filialen befinden, die darum schon längst Anträge bei uns stellten oder am Orte besondere Zuschüsse leisteten. Und daß wir in der jetzigen Zeit des sprunghaften Vorwärtsschreitens besonders auf wirtschaftlichem Gebiete bei aller Rücksicht auf alle Teile unserer Kollegenschaft nicht allzu zaghaft sein dürfen, wird auch allgemeine Zustimmung finden; denn sonst würden wir wahrscheinlich in kürzerer Zeit schon wieder reformieren müssen.

Wir bruden nachfolgend die abgeänderten Absätze unseres bisherigen Statuts (vergleiche Nachtrag zum Statut vom 9. Mai 1920) und einigen Erläuterungen ab:

§ 15. Beitrag.

1. Der Beitrag richtet sich in den 2 Beitragsklassen nach der Höhe des Verdienstes und beträgt für jede Woche:

	Wochenverdienst im Sommer	Beitrag für die Hauptkasse
1. Klasse	bis 100 M.	2,— M.
2. "	über 100 "	3,50 "

Danach ist der Beitrag in der 1. Klasse von 1,80 M. auf 2,— M. und in der 2. Klasse von 2,— M. auf 3,50 M. gestiegen. In Ziffer 8 des § 15 wird der Beitrag der Vorkasse von 20 A auf 30 A festgesetzt. Davon erhält die Hauptkasse statt 15 A in Zukunft 20 A. Nach Ziffer 8 des § 15 soll der Filialzuschlag statt bisher mindestens 30 A mindestens 50 A betragen.

§ 16. Streifenunterstützung.

Hier wurden die Ziffern 5, 7 und 8 geändert. Ziffer 5 soll lauten:

5. Streifenunterstützung an Mitglieder unter 28 Wochen kann nur unter besonderer Zustimmung des Verbandsvorstandes verabsolgt werden. Wenn diese Zustimmung vorliegt, wird in diesen Fällen gewährt:

Für Ledige..... pro Tag 8 M., pro Woche 36 M.
" Verheiratete..... " " " " " 48 "

6. Die Unterstützung beträgt (nach sechsundzwanzigwöchiger Mitgliedschaft):

Mitgliedschaft und Beiträge	Ledige		Verheiratete	
	Unterstützung pro Tag M.	pro Woche M.	Unterstützung pro Tag M.	pro Woche M.
1/2 bis 1 Jahr: 26 bis 52 Beiträge	10	60	14	84
1. " 3 Jahre: 53 " 156 "	12	72	16	96
Über 3 " und 157 "	14	84	18	108

7. Verheiratete Mitglieder erhalten außer diesen Unterstühtungen für jedes Kind bis zur beendeten Schulpflicht 1,50 M. für jeden Wochentag.

8. Sind bei weiblichen Mitgliedern Kinder vorhanden, die von der Mutter allein versorgt werden, so werden für jedes schulpflichtige Kind pro Wochentag 1,50 M. gezahlt. Dieser erhöhter unter 28 Wochen Mitgliedschaft ledige Mitglieder 3,50 M., verheiratete 6 M. pro Tag. Die Unterstützung an Mitglieder von 1/2 bis 1 Jahr Mitgliedschaft ist erhöht worden von 8 auf 10 A pro Tag bei ledigen und von 8 auf 14 A bei verheirateten; in der Stufe von 1 bis 3 Jahren Mitgliedschaft von 7 auf 12 A bei ledigen und von 8 auf 16 A bei verheirateten und in der Stufe über 3 Jahre Mitgliedschaft von 8 auf 14 A bei ledigen und von 10 auf 18 A bei verheirateten von 10 auf 18 A. Demnach beträgt der niedrigste Satz jetzt pro Woche 36 gegen 21 A bisher und der höchste Satz 108 statt 60 A bisher pro Woche. Für jedes Kind werden jetzt nach Ziffer 7 und 8 täglich 1,50 statt bisher 1 A gewährt.

In § 19. Familienunterstützung bei Streifen erhalten die Frauen jetzt monatlich 20 statt bisher 10 M.; ebenso für jedes Kind täglich 1,50 statt bisher 1 M. Die einmalige Unterstützung an bei Streifen abretende Mitglieder soll von 25 auf 40 M. erhöht werden.

Ziffer 2 des § 23. Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit am Orte soll folgende Fassung erhalten:

2. Die Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit beträgt in einer Unterstühtungsperiode:

Beitragsklasse	1. Stufe:		2. Stufe:		3. Stufe:		4. Stufe:	
	Nach 1 und 2 Jahren u. der Zahlung von 120 Wochenbeiträgen	Nach 3 und 4 Jahren u. der Zahlung von 187 Wochenbeiträgen	Nach 5 und 6 Jahren u. der Zahlung von 251 Wochenbeiträgen	Nach 7 Jahren u. der Zahlung von 315 Wochenbeiträgen	Nach 8 und 9 Jahren u. der Zahlung von 379 Wochenbeiträgen	Nach 10 Jahren u. der Zahlung von 443 Wochenbeiträgen	Nach 11 Jahren u. der Zahlung von 507 Wochenbeiträgen	Nach 12 Jahren u. der Zahlung von 571 Wochenbeiträgen
1. Kl.	20	100	20	40	100	40	—	—
2. Kl.	30	250	75	60	250	150	90	250
3. Kl.	30	400	120	60	400	240	90	400
4. Kl.	—	—	—	—	—	—	—	—

Danach betragen die Unterstühtungssätze pro Tag in der Vorkasse in Zukunft 1 A statt bisher 50 A. In der 1. Klasse sind die Tagesätze von 1,50 auf 2,50 M. und in der 2. Klasse von 2,50 auf 4 A erhöht. So beträgt denn in einer Unterstühtungsperiode der niedrigste Satz pro Woche 20 statt bisher 12 A und der höchste 480 statt bisher 300 M.

Ziffer 3 des § 25. Unterstützung in Sterbefällen soll wie folgt lauten:

3. Die Unterstützungssätze richten sich nach der Dauer der Mitgliedschaft und der gezahlten Beiträge. Sie betragen:

Beitragsklasse	1. Stufe	2. Stufe	3. Stufe	4. Stufe
1. Klasse	30	60	90	120
2. "	60	120	180	240

Bisher betrug der niedrigste Satz in der 1. Stufe 30 statt nunmehr 60 M.; in der 2. Klasse 60 statt nunmehr 120 M., und in der 3. Stufe wurden bisher gewährt in der 1. Klasse 90, in Zukunft 180 M., und in der 2. Klasse 180 und nunmehr 360 M.

Nach Ziffer 6 des § 28 sollen beim Sterbefall von Kindern gezahlt werden in der 1. Klasse 20 M. statt bisher 15 M. und in der 2. Klasse 30 M. statt bisher 20 M.

Die Zustimmung der Mehrheit unserer Filialen beziehungsweise unserer Mitglieder vorausgesetzt, sollen die neuen Unterstühtungssätze und Beiträge am 18. April beziehungsweise von der 18. Mitgliedswoche an in Kraft treten.

Nach einer objektiven Prüfung der Beschlüsse unseres Verbandsrates werden die Kollegen finden, daß diese reichlich erwogen und so dringlich sind, daß ihnen, unbekümmert um nebensächliche Bedenken, die der Einzelne gegen diese oder jene Bestimmung haben mag, jeder Kollege zustimmen sollte.

Nur auf dem hier vorgezeichnetem Wege wird unser Verband seine innere Festigkeit und seine Aktionsfähigkeit nach außen erhalten und noch erhöhen, die seinen Aufstieg und seine Erfolge seither schon möglich machten.

Zur Beitragserhöhung.

Im Zeichen des langersehnten Abbaues der Preise für die Gebrauchsgüter des täglichen Lebens ist es nicht für jeden so leicht verständlich, weshalb eine Erhöhung der Beiträge notwendig sein wird. Es ist aber dennoch an der Zeit, auch an die Organisation, die nun einmal zum Leben gehört, ja, dem Arbeiter eigentlich erst die Möglichkeit gibt, sein Leben fristen zu können, zu denken.

Da die Mitglieder unserer Organisation auf die Arbeitslosen-, Kranken- und Sterbeunterstützung nicht verzichten wollen oder können, müssen sie aber auch die Mittel bereit stellen, die nötig sind, diese Einrichtungen zeitgemäß zu gestalten. Wer einen kleinen Einblick in die geschäftlichen Angelegenheiten unserer Organisation nimmt, muß wissen, daß die ausgesetzten Unterstühtungsgelder nicht nur gestiegen sind infolge großer Arbeitslosigkeit oder vieler Krankheitsfälle,

sondern daß viele Kollegen, die sonst auch arbeitslos und krank waren, erst seit den erfolgten Erhöhungen die Unterstützungen beziehen. Weil nun aber die Organisation außer den Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen kaum nennenswerte oder zu steigende Einnahmen hat, muß sie sich logischerweise an die Mitglieder wenden, um ihre Einnahmen zu erhöhen.

Da wir auf dem Boden der gegebenen Tatsachen stehen und, um Gegenwärtiges beurteilen zu können, uns stellen müssen, können wir, soweit wir Anhänger der Gewerkschaften in ihrer jetzigen Zusammensetzung, mit Ziel und Taktik einverstanden sind, nicht anders, als uns damit abfinden, daß die übergroße Mehrzahl der Mitglieder von dem Abbau oder der Abschaffung der Unterstützungsleistungen nichts wissen will. Wenn man dann aber die praktische Auswirkung der gegählten Unterstützungen bedenkt, muß man sagen, daß sie im Vergleich zu dem zum Lebensunterhalt notwendigen Summen in argem Mißverhältnis stehen. Deshalb könnte man als Beobachter versucht sein, die Unterstützungsfrage lediglich vom psychologischen Standpunkte aus anzusehen. Denn eine wirtschaftliche Bedeutung kann man ihr, gemessen an der Summe, nicht beimessen.

Vielleicht ist wahr, was einzelne ehrliche Kleingewerksager sagen: „Wenn in Zeiten der Arbeitslosigkeit oder in Krankheits- und Sterbefällen die Organisation sich um meine persönlichen Angelegenheiten nicht kümmert, zahle ich meine Beiträge umsonst.“ Leider ist diese Auffassung in Mitgliederkreisen größer als man denkt. Man äußert sich meist nicht offen, um nicht mit denen in Konflikt zu geraten, die weniger materiell denken.

Die Stimmung der Mitglieder, die den Wert der Organisation an der Höhe der Unterstützungen abschätzen, ist insofern nicht richtig, als die gewerkschaftliche Organisation eigentlich nur als wichtigste Aufgabe hat und erfüllen soll: im Rahmen der jeweils bestehenden Wirtschaftsweise den Arbeitern möglichst günstige Arbeits- und Existenzbedingungen zu erkämpfen und zu sichern.

Wenn die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre ganze Kraft und Macht auf diesen einen Punkt konzentrieren würden, anstatt sich untereinander im Konkurrenzkampf aufzureiben, dann könnte es über die Höhe der Beiträge nur heißen: im Interesse der Verbesserung der Lage der Arbeiter müssen die Beiträge so hoch sein, daß alle Bestrebungen, die mit der Verbesserung der materiellen und geistigen Lage der Arbeiter zusammenhängen, erfüllt werden können. Wenn man aber die Erhöhung der Beiträge ablehnt, weil man meint, die Kollegen können keine höheren Beiträge zahlen, oder gar annimmt, daß man durch niedrige Beiträge die Werbekraft erhöht, dann müssen wir doch sagen, daß auch bei diesen Kollegen die Einsicht — daß nur eine schlagfertige Organisation möglich ist zu erhalten, wenn die Mitglieder gewillt sind, Opfer zu bringen — nicht gekommen ist.

Die Kollegen müssen in diesem Sinn aufgeklärt werden, daß sie in der gewerkschaftlichen Organisation das Gebilde erkennen, das sie materiell und geistig auf die Höhe bringen möchte, um den Anforderungen, die die kommenden schweren Kämpfe an und stellen, gewachsen zu sein. Deshalb Kollegen, stimmt für die Beitragserhöhung!

Aus unserm Beruf.

Breslau. (Jahresbericht.) Die bei Abschluß des vorigen Jahres gehegte Hoffnung, daß die Filiale im Berichtsjahre einen weiteren Aufschwung nehmen würde, hat sich nicht voll erfüllt. Das Dantebauwesen der Bau-tätigkeit und die Nichtausführung der notwendigen Reparaturarbeiten in bewohnten Häusern verurteilte unsere Kollegen während des ganzen Jahres zu großer Arbeitslosigkeit. Trotzdem während der Kriegszeit viele Kollegen zu andern Berufen übergegangen und dadurch gegen 400 Arbeitskräfte weniger im Filialgebiet vorhanden sind, waren sogar während des Hochsommers noch gegen 250 bis 300 Arbeitslose zu verzeichnen, darunter eine ganze Anzahl Kleinmeister, die ebenfalls die staatliche Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen mußten. Die durch die Behörden bereitgestellten Notstandsarbeiten führten nur ganz vorübergehend zu einer Besserung des Arbeitsmarktes. In der Industrie dagegen, besonders in den Waggonfabriken, war die Beschäftigung noch zufriedenstellend. Nur in einigen Betrieben der Karosseriemerke mußte im Herbst eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten, um Entlassungen zu vermeiden. Die Zahl unserer arbeitslosen Mitglieder betrug:

Januar	212	Juli	187
Februar	180	August	92
März	112	September	91
April	95	Oktober	89
Mai	143	November	116
Juni	183	Dezember	124

Die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder litt ganz besonders unter der schlechten Konjunktur des Baugewerbes; trotzdem konnten im Filialgebiet noch 342 Aufnahmen gemacht und 3 Zahlstellen neu gegründet werden. Leider war der Abgang an Mitgliedern ziemlich erheblich, so daß die Mitgliederzahl von 1054 bei Beginn auf 1119 am Schluß des Jahres stieg. Der Umsatz an verkauften Beiträgen betrug 53 611, außerdem wurden 2649 beitragsfreie Marken geklebt; infolgedessen beträgt die durchschnittliche Mitgliederzahl, nach 52 Beiträgen berechnet, 1082. Davon sind 12 Weibliche und 3 weibliche Mitglieder. Zu der so notwendigen Aufklärung und Schulung der Mitglieder stand recht wenig Zeit zur Verfügung, weil die fernwährenden Lohnbewegungen, herborgerufen durch die andauernde Entwertung des Geldes, alle Kräfte in Anspruch nahmen. Die Arbeitgeber des Baugewerbes machten es uns wirklich nicht leicht, die Interessen der Kollegen wahrzunehmen. Nur gegen den schärfsten Widerstand der Bauingenieure gelang es, die Löhne vorwärtszutreiben und mit den Löhnen der Berufskollegen des übrigen Deutschland halbwegs gleichen Schritt zu halten. Wenn das nicht vollständig gelungen ist, so liegt das in den Verhältnissen begründet, unter denen wir in Schlefien arbeiten müssen.

Die wenigen noch vorhandenen Ortsgruppen des Arbeitgeberverbandes traten bei Beginn des Jahres aus dem Hauptverbande aus, um sich vor weiteren Lohnerhöhungen

zu drücken, so daß im Februar die Tarifverträge und Lohnabkommen zum größten Teil brüchig abgeschlossen werden mußten. Der Versuch einer zentralen Regelung für die ganze Provinz scheiterte im Juni, weil die Arbeitgeber die durch Schlichtungsbeschlüsse festgesetzten Löhne nicht anerkannten und die beantragte Verbindlichkeitsklärung durch den Regierungspräsidenten abgelehnt wurde mit der Begründung, daß durch eine weitere Steigerung der Löhne die Arbeitslosigkeit des Berufes noch weiter zurückgehen dürfte und die Zahl der Arbeitslosen noch größer würde. Durch einen allgemeinen Streik die Einhaltung des Schlichtungsbeschlusses zu erzwingen, war nicht möglich, und wir mußten mit den Löhnen abschließen, die brüchig zu erreichen waren. Im Oktober und Dezember konnten nochmals weitere Lohnzulagen, teilweise durch die Ortsgruppen, vereinbart werden. Kurz vor Jahresabschluss machten die Arbeitgeber den Versuch, die im Juni abgerissenen Fäden wieder anzuknüpfen und eine allgemeine Regelung der Tarifverträge zu einem Bandestarif für die Provinz Schlefien herbeizuführen. Es scheint demnach auch im Arbeitgeberlager zu dümmern, daß zentrale Tarifabschlüsse durchaus notwendig sind und die Höhe des Lohnes nicht ausschließlich von der gerade herrschenden Konjunktur des einzelnen Ortes abhängig zu machen ist, wenn nicht vollständige Anarchie in den Löhnen eines Wirtschaftsgebietes einreißen soll. Eine Konferenz aller Filialen der Provinz tagte am 19. Dezember in Breslau und beschloß, grundsätzlich bei der Schaffung eines Bandestarfes mitzuarbeiten, wenn von den Arbeitgebern das dazu notwendige soziale Verständnis für die wirtschaftliche Notlage der Kollegen entgegengebracht wird. Ob die Arbeitgeber tatsächlich aus der verflochtenen Zeit gelernt haben, muß die Zukunft ergeben.

Für die in der Großindustrie beschäftigten Kollegen wurde gemeinsam mit den andern in Betracht kommenden Organisationen der bestehende Tarifvertrag am 1. April erneuert. Die Löhne sind darin je nach dem Familienstande und der Kinderzahl festgelegt und werden allmonatlich, nach den Berechnungen der Kosten für den Lebensunterhalt durch das paritätische Lohnamt in Breslau, nachgeprüft. Entsprechend den ansteigenden ermittelten Indizes konnten die Löhne erhöht und dadurch größere Kämpfe ausgeschaltet werden. Ob dieses System der sogenannten *Lebenslohn* das richtige ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Für die Baubetriebe ist es unter keinen Umständen anwendbar, weil durch die Einführung von Zuschlägen für Verheiratete und Kinder gerade die Kollegen am wenigsten Vorteil hätten, die infolge großer Familie höhere Löhne recht gut gebrauchen könnten. Es erhielten immer nur die jüngsten, also billigsten Arbeitskräfte, Beschäftigung, während die älteren, verheirateten Kollegen nur als Notbehelf eingestellt würden. Für den Bauberuf kann deshalb eine andere als die bestehende Lohnform vordringlich nicht in Frage kommen. Größere Schwierigkeiten waren bei den Kadriern der Karosseriemerke zu überwinden, um zu einem neuen Tarifverhältnis zu kommen und dann im Rahmen des Vertrages weitere Lohnsteigerungen zu erreichen. Mehrmals mußte der Schlichtungsausschuß angerufen und, als auch dieses Mittel nicht mehr zum Erfolg führte, durch Arbeitsstellen der Stellmacher im größten Betriebe die Arbeitgeber zu Zugeständnissen gezwungen werden.

Für die Kadrierer der Kleinbetriebe wie auch der Schildermaler sind dieselben Löhne maßgebend wie im Malerberufe, weil diese Arbeitgeber dem Arbeitgeberverband des Malergewerbes angehören, und deshalb gehalten sind, die dort getroffenen Vereinbarungen einzuhalten. Für die am Orte bestehende Schilderfabrik müssen immer Extraverhandlungen stattfinden, die reibungslos vor sich gingen und die Kollegen 20 bis 30 % besser im Lohne stellten als in den Kleinbetrieben. Weitere Tarifverträge sind noch gemeinsam mit andern Organisationen in gemischten Betrieben, wie elektrische Straßenbahn, Emaille-Schilderfabrik usw. abgeschlossen. Ueberhaupt müssen wir gebiet verbleibt, daß ihr nach den Beschlüssen des Gewerkschaftsausschusses zukommt.

Die Massenverhältnisse der Filiale entwickelten sich trotz der nicht günstigen Arbeitslage zufriedenstellend. Die Beitragsregulierung im Mai wurde benutzt, auch den Ortszuschlag in Breslau zu erhöhen. Für die Zahlstellen müssen in Zukunft die Beiträge so geregelt werden, daß die Einnahmen die Ausgaben der einzelnen Orte decken. Die Gesamteinnahme der Filiale betrug 142 987,87 M., die Gesamtausgabe 132 974,32 M., somit verblieb am Jahresschluß ein Kassenbestand von 9413,55 M. Die Schulden der Filiale, die am Jahresanfang noch 8381,98 M. betragen, sind getilgt; außerdem 2500 M. zur Gründung eines sozialen Baubetriebes gezeichnet. Was in früheren Jahren in Breslau niemals möglich war, einen kleinen Fonds für örtliche Zwecke zu schaffen, ist gelungen, und hoffen wir, auch im laufenden Jahre unsere Finanzen weiter zu stärken. Die hauptsächlichsten Ausgaben waren die Unterstützungen bei Streit, Arbeitslosigkeit und Krankheit mit 87 931,25 M. und der an die Hauptkasse gesandte Betrag von 50 950 M. Daß auch die Verwaltungskosten ganz erheblich gestiegen sind, ist durch die Erhöhung alles dessen, was auch in der Organisation notwendigerweise gebraucht wird, erklärlich.

Die Filialverwaltung erledigte ihre Aufgaben in 19 Sitzungen, Mitglieder- und öffentliche Versammlungen fanden am Orte und in den Zahlstellen 98 statt. Sektionsversammlungen der Kadrierer und Schildermaler wurden 9 abgehalten, außerdem 34 Werkplatz- und Vertretungsmännerversammlungen. Tarifamtsitzungen und Vertretungen vor dem Schlichtungsausschuß wurden in 35 Fällen wahrgenommen und an 28 Tagen war der Geschäftsführer in der Provinz tätig. Sonstige Sitzungen bei Behörden, Kartell usw. fanden 87 statt. Die innere Bureauarbeit gestaltete sich ebenfalls sehr reger und mußte oftmals durch die große Inanspruchnahme des Geschäftsführers durch nebenamtliche Arbeit erledigt werden. In der Hauptsache wurde die Organisationsarbeit von den Kollegen geleistet, die schon jahrelang ihre Pflicht und Schulpflicht erfüllen. Die Mitarbeit der jüngeren Kollegen ließ oftmals zu wünschen übrig; hier muß der Hebel angefaßt werden, den notwendigen Nachwuchs heranzubilden. Immer mehr Kollegen

nicht nur als zahlende, sondern als aktive Mitglieder für den Verband zu gewinnen, ist unbedingt notwendig, wenn weitere Erfolge erzielt werden sollen. Die durch das Gewerkschaftskartell eingerichteten Kurse für Betriebsräte und Vertrauensleute müssen auch von unsern Kollegen besucht und besucht werden. Nur mit Kollegen, die wissen, was zu tun ist organisiert sind und sich nicht durch Illusionen an der Erreichung unseres Zieles irre machen lassen, ist es möglich, Kräfte zu führen und vorwärts zu kommen. R. R.

Wiesbaden. In der Mitgliederversammlung unserer Filiale am 17. Februar, wurde auf Antrag von den der Kommunistischen Partei angehörenden Kollegen über den sogenannten „Offenen Brief“ verhandelt. Eine Abstimmung darüber wurde durch die Annahme folgender Resolution überflüssig: Die Folgen des Krieges, Zerstörung, Wirtschaftskrise und wirtschaftliche Anarchie treffen das arbeitende Volk sehr schwer. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung sind weder gewillt noch fähig, der kapitalistischen Ausbeutung entgegenzutreten. Es ist daher Aufgabe der Arbeiterklasse, gegen diese Mißstände den Kampf mit aller Energie zu führen. Die politische Kampffront des Proletariats ist leider gerissen. Eine Einheitsfront bilden die freien Gewerkschaften. Der ADGB hat die Aufgabe, den Forderungen und Rechten die ihm vereinigten Arbeiter und Arbeiterinnen Geltung zu verschaffen. — In geschlossener Kampffront, in planmäßiger, zielklarem Handeln ist durch schärfste Einwirkung auf das Unternehmertum, die Gesetzgebung und die Besserstellung der wirtschaftlichen und politischen Zustände für die Arbeiterklasse zu wirken. Die Einrichtungen und Tätigkeiten der Gewerkschaften sind im besonderen auf die wirtschaftliche Umstellung vom Kapitalismus zur sozialistischen Wirtschaft einzustellen. Die Gewerkschaften können ihre Aufgaben jedoch nur in geschlossener, einheitlicher Front erfüllen, ebenso wie ihre Aktionen, ihr Arbeiten und Handeln der planmäßigen Vorbereitung bedürfen. Diese Voraussetzungen erfüllen die in letzter Zeit in die Arbeiterkreise hineingeworlenen Forderungen nicht. Das gilt sowohl von den 6 Stuttgarter Forderungen als auch von dem sogenannten „Offenen Brief“ der Kommunistischen Partei. Entziehung und Propagierung dieser Forderungen, lassen zu sehr das enge Parteibedürfnis erkennen. Letzteres zu befriedigen, kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein. Soweit diese Forderungen realisierbar sind, sind die Gewerkschaften schon bisher für ihre Durchführung mit allem Nachdruck eingetreten. Das wird auch ferner geschehen; dazu bedarf es weder der täglichen Angriffe auf die Gewerkschaften, noch deren Besämpfung. Insbesondere muß dies gegenüber den Arbeitslosen hervorzuheben werden für deren Unterstützung, Wiederbeschäftigung usw. wir täglich eintreten. Werden jedoch heute im Zeichen schwarzer Wirtschaftskrisen, Aktionen usw. zur vollen Produktion und anderes verlangt, so zeigt dies, daß die Verfasser der Forderungen die Zusammenhänge unserer gegenwärtigen Verhältnisse vollständig vermissen. — Wer sich Sozialismus nennt, muß wissen, daß die Wirtschaftskrisen untrennbar zusammenhängen mit dem kapitalistischen System und daß das Arbeitslosenproblem seine definitive Lösung erst finden wird mit der Verwirklichung des Sozialismus. — Aktionen zur Erzwingung der vollen Produktion usw., nach dem vor geschlagenen Rezept zu inszenieren, heißt dem organisierten Unternehmertum in Zeiten der Krise in die Hände arbeiten zum Schaden der Arbeiterklasse. Die heutige allgemeine Mitgliederversammlung der Filiale Wiesbaden und Umgebung fordert die Kollegen auf, die Organisation in ihren Bestrebungen, die Interessen der Kollegen in jeder Weise zu fördern, zu unterstützen und jeden Versuch zurückzuweisen, der darauf hinausgeht, die Kollegen in planlose Aktionen zu treiben. Die Versammlung lehnt es ab, der Hauptverwaltung noch einmal besonders den „Offenen Brief“ als die allein richtige Forderung zur Beseitigung der Notlage, unter der die Arbeiterklasse schwer leidet, zu empfehlen. — Die Versammlung ist der Auffassung, daß die Organisation schon bisher alles getan hat und auch zukünftig alles tun wird, um die wirtschaftlich-politischen Verhältnisse der Kollegschaft zu heben und weist jeden Versuch, die Arbeiterklasse zu zerpfücken — mögen diese Versuche von einer Seite kommen, von welcher es auch sei — ganz entschieden zurück.

Eine Reform des Beitrags- und Unterstützungs-wesens haben Vorstand und Ausschuss des Christlichen Maley-verbandes beschlossen, wie wir der neuen Nummer ihres Verbandsorgans entnehmen. Die von der vorjährigen Generalversammlung beschlossene Neuregelung der Beiträge und Unterstützungen, die eine Anpassung der Beiträge an die Stundelöhne vorsah, war durch die weiter vorgeschrittenen Geldentwertung hinfällig geworden. Nach dem Beschluß beträgt der Wochenbeitrag in der niedrigsten Klasse 2 M. und steigt bis zur 7. Klasse auf 5 M. Dazu kommt der Ortszuschlag, der für alle Klassen gleich sein muß und mindestens 50 % beträgt. — In der 7. Klasse beträgt der Beitrag für die Hauptklasse 1,50 M., dazu kommt ebenfalls der Ortszuschlag. Die Streikunterstützung wird, je nach Dauer der Mitgliedschaft und Beitragsklasse, von 6 M. pro Tag, steigend bis 20 M. festgesetzt. In Krankheitsfällen haben Mitglieder der höheren Klassen Anrecht auf einen Zuschuß zur Erwerbslosenunterstützung.

Sie nach steigt die Unterstützung von 3 M. bis auf 5,50 M. täglich, also von 18 M. pro Woche bis auf 38 M. Für je 52 Beiträge der höheren Klassen beträgt der Anspruch 24 Tage und erhöht sich in der im Statut vorgesehenen Form.

Wir ersehen daraus, daß auch in andern Verbänden eine beträchtliche Beitragserhöhung nicht mehr zu umgehen ist, wenn die notwendige Ausgestaltung der Unterstützungsrichtungen durchgeführt werden soll.

Ladierer.

Werdau i. S. Von Kollegen der Sächsischen Waggonfabrik wird uns geschrieben: Nach Beendigung des vierzehntägigen Streiks glaubte der dortige Kadriermeister Koch, für ihn sei nun wieder die alte Zeit gekommen. Gleich früh am ersten Tage nach der Arbeitsaufnahme erklärte er den versammelten Kollegen, daß von jetzt an wieder in Akkord gearbeitet werde. Die Akkordlöhne, die sich obengenannter Meister zurechtgedreht hatte, waren so hoch, daß man bei

gibt den Schülern bis zu 80 M. pro Tag verdienen. Er legte den Kollegen einen Akkordzettel vor, den unterschreiben mußten. Nach 2 Tagen brach das Vorhaben zusammen, indem die Kollegen die Akkordzettel wieder zurückgaben. Man versuchte er durch geeignete Anreize feststellen zu wollen, wie hoch die Leistungsfähigkeit eines jeden einzelnen Kollegen ist. Doch es läßt sich nicht mit 100, aber mit nur einige Beispiele an wir anführen. Hat der Meister einmal eine bringende Idee, so zeigt er den Kollegen, wie man schnell arbeiten kann, indem man Teile, die unbedingt zweimal gestrichen werden müssen, einfach nur einmal streichen läßt. Günstiger, die nach Vorschrift dreimal gestrichen und mit dem Lackfarbüberzug ausgeführt werden sollen, läßt einmal mit Kronengrund grundieren und darauf streichen. Wenn aber seine Kalkulation nicht klappt, schiebt er natürlich alle Verantwortung auf die Kollegen. In seiner Arbeit paßiert es natürlich öfters, daß er gestellte Arbeiten einfach wieder mit Terpentin abwaschen, was gewöhnlich immer paßiert, wenn die betreffenden Arbeiten recht notwendig sind. Not wird grundiert, schwarz darauf lackiert, die Farben reiben sich auf, der Gegenstand steht braun statt schwarz aus und schon geht die Arbeit am fertigen Wagen wieder los, so daß die zum feststehenden Abnahmetermin kein Wagen fertig ist, viel weniger. Da der Meister noch schlechtes und gutes Material voneinander mengen läßt, wird die Farbe gar nicht trocken, daß die andern Handwerker genau so schmutzig wie die ersten aussehen. Ein Kollege, der in allen vorkommenden Fällen erfahren war und eine größere Rolle spielte, ist auf Grund ungenauer Angaben nicht wieder eingestellt worden. Dieser Kollege soll unter andern die Kollegen zur Pünktlichkeit angehalten haben. Wie oft ist aber gerade die Arbeit etwas knapp wurde, er möge Betriebs-Mitarbeiter bitten beantragen und ausführen lassen. Der Kollege aber bei dem die Beschäftigten erhalten, er könne nicht immer Handarbeiten beantragen, der Kollege solle nur sehen, er auskomme. Eine größere Arbeit wurde von einem Gehilfen des Betriebes stehenden Malermeister ausgeführt, ohne Zeit, wo obiger Kollege nicht wußte, was er mit ihm angestellten Leuten anfangen sollte. Aber Meister rechnet anders: Sobald es mit der Arbeit knapp wird, er er doch wieder jedem Kollegen mit Entlassung drohen, um er sich die Schikanerei nicht gefallen läßt. Der Kollege ist nur zu raten, wenn sie Ruhe im Betrieb haben, soll sie diesen nicht freimachen von tüchtigen Handwerkern, sondern jene Leute zurückrufen, die zwar nicht so gut sind, eine Abteilung zu führen, es aber verstehen, ihre Arbeit durch planlose Maßnahmen zu schikanieren. Meister, der wegen seiner Nervosität schon längeren Aufenthalt in der Anstalt nehmen mußte, geht schon längst nicht mehr diesen Posten. Darum wundere man sich nicht, wenn Kollegen einmal den Spieß umdrehen.

welter Material und Werkzeug aller Art eingekauft werden. Aber auch der Kampf gegen die Unternehmer, die mit allen Kräften gegen die Gewerkschaften antreten, und glauben, das Rad der Zeit aufhalten zu können, kann von hier aus erfolgreicher geführt werden. Alles das könne aber nur geschehen, wenn die Gewerkschaften geschlossen hinter dem Genossenschaftlichen stehen und jeder der Genossenschaft die gleiche Opferbereitschaft entgegenbringt wie seiner Gewerkschaft. Die Aussichten für dieses Jahr bezeichnet der Referent als sehr gut, sowohl was die Höhe der Arbeitsaufträge wie auch die Gewinnung neuer Mitglieder anbelangt. Auch von andern Organisationen ist weitestgehend Unterstützung zugesagt worden. Als ein weiteres Mittel, größere Kapitalien in die Hände zu bekommen, ist an die Ausgabe von Schuldbüchern und Spar-einlagen gedacht. Auf diese Art hoffen wir, mit der Zeit vorwärtszukommen und die Lage des Arbeitsmarktes im Baugewerbe zu beleben. An die sehr beifällig ausgenommenen Ausführungen schloß sich eine juristische Erklärung und Begründung des Gesellschaftsvertrages durch den Sekretär des Verbandes sozialer Baubetriebe. Am Nachmittag erfolgte dann die eigentliche gerichtliche Eintragung des neuen Unternehmens. Damit ist ein neues Werk geschaffen, ein Werk, mitzuwirken an der Befreiung vom Joch des Kapitalismus hinauf zu einem höheren Ziele, dem Sozialismus. Durch die Arbeiterschaft, für die Arbeiterschaft.

Hoffnung auf Zuwachs wieder begraben. Gmiger und geschlossen denn je steht der Afa-Bund und damit die freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung Deutschlands nunmehr da und wird, genau wie bisher, kraftvoll den gesteckten Zielen zustreben.

Sozialpolitisches.

Die Lebenshaltungskosten im Januar. Der Monat Januar 1921 hat nach den Mitteilungen des Wirtschaftsstatistischen Bureaus von R. Calwer im allgemeinen keine besonderen Veränderungen des Preisniveaus für Nahrungsmittel gegenüber dem Vormonat gebracht. In einer Reihe der beobachteten circa 200 größten Plätze des Deutschen Reiches ist die Indexziffer im Januar weiter etwas hinaufgegangen. In einer Anzahl von Plätzen hielt sie sich ungefähr auf dem Stande des Vormonats, daneben läßt sich für verschiedene Plätze eine schwache Verbilligung feststellen. Für die Gesamtheit der berücksichtigten Plätze errechneten sich die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelverbrauches einer vierköpfigen Familie — unter Zugrundelegung des Preisfaches der Nation des deutschen Marinefeldaten in der Vorkriegszeit — im Durchschnitt auf 861,70 M. Im Dezember 1920 hatte die Reichsindexziffer 889,78 M. betragen, so daß im Berichtsmontat im Gesamtdurchschnitt eine Erhöhung um 11,94 M. pro Woche eingetreten ist. Das vormonatliche Plus hatte 19,71 M. betragen, nachdem im November und Oktober die Indexziffer außerordentlich hinaufgeschossen war, nämlich um 24,88 beziehungsweise 58,26 M. pro Woche. In der nachstehenden Uebersicht ist die Januarziffer für die letzten Jahre zusammengestellt. Es berechnete sich der Reichsindex pro Woche auf:

	1914	1918	1919	1920	1921
Januar	25,67	56,50	69,76	180,65	861,70

Im Vergleich mit dem Stande zu Beginn des vorigen Jahres hat sich die Indexziffer im Januar 1921 nahezu verdreifacht.

Nach den Berechnungen von Dr. Kuczynski in Berlin-Schöneberg hat das monatliche Existenzminimum in Groß-Berlin im Januar gegenüber Dezember eine Ermäßigung erfahren. Es beträgt für Januar 828 M., während es für Dezember auf 890 M. festgestellt worden war. Von der geringfügigen Preissteigerung sind hauptsächlich Waren betroffen, die wir vom Ausland beziehen. Immerhin kann von einem Abbau der Löhne keine Rede sein, denn von 1918 bis Januar 1921 ist das Existenzminimum für eine Familie mit 2 Kindern in Groß-Berlin um das 11,2 fache gestiegen, was auf die Steigerung der Löhne bei weitem nicht zutrifft.

Vereinigung proletarischer Kinderfreunde, Abteilung Berlin. Unter diesem Namen ist eine Organisation ins Leben getreten, die die Kräfte der Selbsthilfe und Selbstverantwortung des gesamten Proletariats für die proletarische Kinderwelt wachrufen und zu sinnvoller Betätigung führen will. Ihre besondere Aufgabe erblickt die Vereinigung proletarischer Kinderfreunde in der Errichtung und Unterhaltung von im Geiste proletarischer Gemeinschaft geleiteten Kindergärten, Kinderhorten und Kinderheimen und in der Heranbildung von Mädchen aus den Kreisen der proletarischen Mädchen und Frauen. Sie will ihre Wirksamkeit überall da entfalten, wo die Einwirkung der öffentlichen (staatlichen oder kommunalen) Körperschaften verlagert oder gegenüber der proletarischen Initiative weniger fruchtbar erscheint und zugleich einen neutralen Boden darstellen, auf welchem alle Sozialisten, unabhängig ihrer Parteizugehörigkeit, dem gemeinsamen Zwecke dieser Hilfe für die Kinder des Proletariats dienen können. Die Vereinigung, deren provisorische Vorsitzende die Genossen Dr. Bönenstein und Dr. Sufmann sind, wird bald nach den Landtagswahlen in einer großen öffentlichen Kundgebung das Proletariat der Stadtgemeinde Berlin zur Mitarbeit aufrufen. Beitrittserklärungen nimmt schon jetzt entgegen der Kassierer Franz Reinsch, Charlottenburg, Am Volkshaus 1. Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 1 M. pro Monat.

Gewerkschaftliches.

Einigung zwischen Afa-Bund und Wertmeisterverband. Am 14. Februar tagte in Berlin die Reichsvertreterversammlung des Afa-Bundes. Alle angeschlossenen Verbände waren vertreten. Den Hauptberatungsgegenstand bildete der Bericht des Vorsitzenden über die Verständigung zwischen dem Afa-Bund und Deutschen Wertmeisterverband. Das in der vorwärtstürmenden freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung Deutschlands sich nach ihrem kurzen Bestehen Meinungsverschiedenheiten über die Wege, die zum Ziele führen, einstellen mußten, ist nur zu verständlich, wenn die Struktur der Angestelltenbewegung vor dem Kriege berücksichtigt wird. Es ist außerordentlich erfreulich festzustellen, daß einmütige Auffassung darüber bestand, daß an dem Gedanken der freigewerkschaftlichen Idee auch die Kollegen unter allen Umständen festzuhalten gewillt sind, die sich aus unvorherzählbaren Erwägungen heraus in der letzten Zeit absetzt hätten. Ohne jede Diskussion und einstimmig wurde nachstehende Entschliebung angenommen:

1. Parteipolitische Neutralität. Voraussetzung für alle freigewerkschaftlichen Organisationen ist die möglichst reiflose Erfassung aller Berufsgruppen. Dabei müssen religiöse und parteipolitische Fragen ausgeschaltet werden. Das sind keine Opportunitätsbewägungen, sondern die Erkenntnis, daß das die Voraussetzung für jede Gewerkschaftsarbeit ist.
2. Die dem Afa-Bund angeschlossenen Verbände sind Berufsorganisationen, die ihre Ziele unter Anerkennung des Grundgesetzes der parteipolitischen Neutralität zu verwirklichen suchen. Es wird anerkannt, daß sich auch im Deutschen Wertmeisterverband Mitglieder aller Parteien zu gemeinsamer Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen zusammengefunden haben und er besonderen Wert auf die parteipolitische Neutralität legt. Die Stellungnahme zu wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen wird dadurch nicht berührt.
3. Zentralarbeitsgemeinschaft. Es wird festgestellt, daß der Afa-Bund, unbeschadet seiner in der Vorstandskonferenz am 6. und 7. November 1920 zum Ausdruck gebrachten grundsätzlichen Stellung, sich nach wie vor an der Zentralarbeitsgemeinschaft beteiligt. Der Deutsche Wertmeisterverband steht auf dem Boden seines auf dem Weltrentnerverbandstage gefassten Beschlusses zur Frage der Zentralarbeitsgemeinschaft und wird demgemäß für die Zentralarbeitsgemeinschaft eintreten, bis ein gleichwertiger Ersatz geschaffen ist.
4. Internationaler Gewerkschaftsbund. Es besteht Uebereinstimmung, daß die freigewerkschaftlichen Ziele nur erreicht werden können durch nationale und internationale Solidarität aller Arbeitnehmer. Aus diesem Grunde wird eine Verbindung mit dem I. O. B. und dem Internationalen Gewerkschaftsbund, Sitz Amsterdam, erstrebt. Unter Wahrung der parteipolitischen Neutralität sollen die Angestelltenverbände aller Länder gesammelt und dem Internationalen Bund der Privatangestellten angegliedert werden.
5. Sozialisierung. Das Allgemeinwohl muß über das persönliche Interesse gestellt werden. Die Gemeinwirtschaft ist mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu fördern.
6. Satzungsentwurf und Programm. Der Afa-Vorstand empfiehlt der Vertreterversammlung den letzten Absatz des § 1 der Satzungen wie folgt zu formulieren: „Religiöse und parteipolitische Bestrebungen sind ausgeschlossen. Der Afa-Bund kann mit andern Organisationen von Fall zu Fall zur Erreichung gemeinsamer Ziele zusammenarbeiten, jedoch nur, soweit sie sich im Rahmen der Afa-Zwecke halten.“ Satzungsentwurf und Richtlinien der Satzungscommission werden erneut unter Einziehung der Kollegen Leonhardt und Klingens einer Durchprüfung unterzogen.

Der Deutsche Wertmeisterverband hat daraufhin seine Mitarbeit im Afa-Bund wieder aufgenommen. Als dritter gleichberechtigter Vorsitzender des Afa-Bundes wurde von dem Deutschen Wertmeisterverband der Kollege Franz Klingens vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Angeschlossene Verbände bis zu 5000 Mitgliedern sollen in Zukunft nur berechtigt sein, einen Vertreter in die Reichsvertreterversammlung zu entsenden. Im übrigen bleiben die hierüber bisher bestehenden Bestimmungen in Kraft. Ebenso einstimmig wurde auch gegen die Ententforderungen Stellung genommen.

Diese Reichsvertretertagung des Afa-Bundes dürfte als die wichtigste seit seinem Bestehen anzuspriechen sein. Der Antrag der entlassenen Differenzen hat bewiesen, daß die freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung Deutschlands — so jung sie noch ist — doch bereits so tiefe Wurzeln geschlagen hat, daß ein dauernder Bestand und Aufstieg gewährleistet ist. Das Unternehmertum, das bereits den Zerfall der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung und damit des Afa-Bundes frohlockend in seinen Prekorganen behandelte, ist arg enttäuscht worden. Die bürgerlichen Harmonieverbände und ihre Spitzenorganisationen, die da glaubten, aus den Auseinandersetzungen im Afa-Bund für sich Nutzen ziehen zu können, müssen ihre

Genossenschaftliches.

Soziale Genossenschaftsleistungen. In dem Kinderheim der Hamburger „Produktion“ in Safflug (Düffel) waren von Mitte Januar bis Mitte Februar rund 100 ober-schlesische Kinder untergebracht, die der Erholung und Pflege ganz außerordentlich bedürftig waren. Stark unterernährte Knaben und Mädchen aus dem Industriegebiet, obendrein stark erschüttert durch die schmerzlichen Vorgänge in der vom politischen Terror durchtönten Heimat, Gläubigkeitsfragen, wie sie das Heim unter seinen Insassen bisher nicht kennengelernt hat. Der vierwöchige Aufenthalt in der gesunden Düffelluft, die liebevolle Behandlung und die besonders kräftige und reichliche Kost haben erfreulicherweise vortrefflich gewirkt. Da es obendrein gelang, für alle Kinder Kleidung, Fußzeug und allerlei Kleinigkeiten als Abschiedsgeschenk zu beschaffen, so werden die ober-schlesischen Gäste sicher die Tage, die sie im Genossenschaftsheim verlebten, dauernd in froher Erinnerung bewahren.

Vom Ausland.

Arbeitslöhne in Polen. Das Organ der freien Gewerkschaften in Westpolen, „Zwiaglowiec“, berichtet, daß durch Schiedspruch der Stundelohn der Tapezierer und Tischler in Posen auf 32,50 M. festgesetzt worden ist. Die Arbeiter haben einen Stundenlohn von 35 M. vereinbart. In Bromberg beträgt der tarifliche Mindestlohn für Tischler 25 M., der Durchschnittslohn gegenwärtig 30 M. die Stunde. Diese Zahlen mögen etwas hoch erscheinen, aber damit ist noch keineswegs gesagt, daß sich die Lage der Arbeiter unter der polnischen Herrschaft besonders gebessert hat. Im Gegenteil, die Verhältnisse sind weit ungünstiger als früher. Der anscheinend hohe Lohn ist nur der Ausdruck des Standes der polnischen Wälua. Der ungünstige Stand der deutschen Markt ist bekannt, und wer sich um diese Dinge nicht kümmert, der spürt es doch an den unerschwinglichen Preisen aller Lebensbedürfnisse. Die polnische Markt stand ursprünglich der deutschen Markt gleich, jetzt hat sie

Aus Unternehmerkreisen.

Die Meisterprüfungskommission der Weibhinder in Frankfurt a. M. wird demnächst eine Prüfung abhalten. Anmeldungen sind umgehend an den Vorsitzenden Frick u. p. p., Stadtrat a. D., Dülferwegstr. 22, zu richten.

Baugewerbliches.

Erkundung des Bauhilfenbetriebsverbandes für Baden und die Pfalz. Sozialisierung! Das ist das Schlagwort, das seit 2 Jahren von allen sozialistischen Parteien in die arbeitende Welt geworfen wird. Und doch, die es am lautesten rufen, sie tun am wenigsten, dem Worte die Tat folgen zu lassen. Die Leute von ganz links stärken durch ihre nicht weniger als sozialistische Tätigkeit bewußt und unbewußt die bürgerliche Mehrheit und machen dadurch die Sozialisierung für lange Zeit fast unmöglich. Letztere erzielt die Arbeiterschaft mit Kleintätigkeiten und andern Schwindel, indem das Kapital in nie geahnter Weise Gewinn anhäuft und sich konzentriert. Darum muß eben aus der Arbeiterschaft selbst die Hilfe kommen und endlich praktische Arbeit geleistet werden. Die Genossenschaften, die „Selbsthilfe“, das ist der Weg; hier schafft die Arbeiterschaft mit Hilfe ihrer Gewerkschaften sich die Sozialisierung, und hier ist schon in der kurzen Zeit des Bestehens der „Selbsthilfe“ die Erlolge erzielt worden.

Diesem Zwecke galt auch die am 14. Februar in Karlsruhe stattgefundene Erkundungsverammlung des Bauhilfenbetriebsverbandes für Baden und die Pfalz. Eingeladene Vertreter des Bauarbeiterverbandes, Malerverbandes, der Dachdecker, Steinhafer, Zimmerer, Metallarbeiter, Vertreter der 10. badischen und Pfälzer Bauarbeitergenossenschaften usw. hatten sich zum Zweck gefunden, um hier gute Genossenschaftsarbeit zu leisten. Den ersten Teil der Tagung bildete ein Referat des Landtagsabgeordneten Horster, Karlsruhe, über die Bedeutung der Genossenschaften und den Stand derselben in Baden und der Pfalz. Er hob hervor, daß erster Grundsatz sein müsse, nur dort Genossenschaften zu gründen, wo alle Bedingungen dafür vorhanden sind. Viel Kenntnisse sind nötig. Klein anfangen und dann immer größer werden sei besser als umgekehrte Reihenfolge. In Baden mußten einige Genossenschaften sofort große Arbeiten ausführen. Die Behörden standen der Sache aus Sparhamtsbedürfnissen sympathisch gegenüber. Die Zahl der Genossenschaften betrug Ende 1920 in Baden 13 und in der Pfalz 12. Diese hatten damals 2469 Mitglieder mit zusammen 1 Million Mark. Die Zahl der in den Genossenschaften Beschäftigten betrug 900. Ausgeführt seien an Arbeiten 1920 für 10 Millionen Mark. Durch die von den Genossenschaften ausgeführten Arbeiten erparie der badische Staat und die Gemeinden bisher etwa 2 1/2 Millionen Mark. Für 1 Million Mark sei an Material und Werkzeug bisher angeschafft. Weiter würden von uns einige Steinbrüche mit 270 Arbeitern und eine Tischlereiwerkstätte betrieben. Der Ankauf einer Ziegelei sei geplant usw. Arbeiten aller Bauarbeiterberufe werden ausgeführt. In Spener, Heidelberg und Mannheim seien Malerbetriebe angeschlossen. Alles das soll nun unter eine einheitliche Leitung gestellt werden, um dadurch die Geschäftsführung zu vereinfachen. Im großen Maße soll

mir noch einen Bruchteil des Wertes unserer Währung. Da sich im Stand der Währung in gewisser Hinsicht die wirtschaftliche Lage eines Landes widerspiegelt, folgt daraus, daß die Lage des Volkes in Polen noch viel elender ist als die gewiß nicht beneidenswerte Lage des deutschen Volkes.

Es ist nützlich, an diese Dinge zu erinnern angesichts der bevorstehenden Volksabstimmung in Oberschlesien. Neben die Bewohner von Oberschlesien das Gefühl, daß sie sich unter der deutschen Herrschaft wie im Fegefeuer befinden, dann werden sie sich, wenn ihr Land an Polen kommen sollte, in die Hölle versetzt fühlen. Jeder geborene Oberschlesier, der außerhalb seiner Heimat wohnt, muß dazu beitragen, daß seine Landsleute vor diesem Unglück bewahrt werden. Keiner darf sich der Mühe entziehen, zum Abstimmungsstag in die Heimat zu reisen, damit die Mehrheit der für Deutschland Stimmenden möglichst groß wird. Das liegt im Interesse der Bevölkerung von Oberschlesien, aber auch in dem Deutschlands, dem durch die Loslösung Oberschlesiens eine wichtige Stütze seiner wirtschaftlichen Existenz entzogen würde.

Das Internationale Gewerkschaftsbureau in Amsterdam hat an den Minister Lloyd George in London folgendes Telegramm gerichtet:

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, das im Namen von 26 Millionen organisierter Arbeiter spricht, erachtet es für nötig, bei Beginn der Beratungen der Vertreter der verschiedenen Regierungen über die an Deutschland zu stellenden Forderungen, betreffend die Wiedergutmachung, die Aufmerksamkeit dieser Vertreter auf die Forderungen zu lenken, die die Arbeiter hinsichtlich der Durchführung des Friedensvertrages zu wiederholten Malen dem Obersten Rat des Völkerbundes bekanntgegeben haben sowie auf die vom Internationalen Gewerkschaftskongress in London vom November vorigen Jahres angenommene Resolution, betreffend den Wiederaufbau Europas und die Kohlenlieferungen Deutschlands.

Die organisierten Arbeiter erachten die Schadensvergütung durch Deutschland für notwendig und gerechtfertigt; sie protestieren jedoch gegen Forderungen, die die Arbeiter Mitteleuropas eine volle Generation hindurch in Sklavensarbeit stürzen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas verhindern, den Haß zwischen den Völkern verschärfen und die Kultur vernichten würden.

Das Bureau fordert von der internationalen Völkervereinigung die Feststellung einer gerechten Schadensvergütung unter Berücksichtigung dieser Erwägungen und der Resolutionen des Londoner Kongresses.

Für das Bureau: J. Oudegeest, Sekretär.

Literarisches.

Stanley: „Wie ich Livingstone fand.“ (Vollst. und Jugendausgabe als Band 5 der Sammlung „Reisen und Abenteuer.“) 189 Seiten Text mit 28 Abbildungen und 2 Karten. Leipzig, J. A. Brockhaus. Gebunden 12 M. Der berühmte Afrikaforscher Livingstone war lange Jahre im innersten Afrika verschollen. Niemand wußte mehr etwas von ihm. Es hatte auch niemand den Mut, sich hineinzuwagen ins Innerste des dunklen Weltteils und die Wahrheit über Livingstone zu erfahren. Dem jungen Stanley war es vorbehalten, gleich bei seinem ersten Innerafrikas alle Fragen über Livingstone zu lösen. Tief drinnen am Tanganika-See traf er den Vermissten, der das stille Leben unter den Schwarzen dem rauschenden Ruhm Europas vorzog. Darüber

berichtet Stanley in seinem Werk „Wie ich Livingstone fand“, das soeben als 5. Band der Sammlung „Reisen und Abenteuer“ bei Brockhaus erschienen ist, frisch und spannend. Sein Werk führt durch Deutsch-Ostafrika zu einer Zeit, als dort noch die wilde Natur unumschränkt herrschte und die Raub- und Sklavensüge der Araber die friedlichen Negerdörfer verheerten. Dieser neue Band der „Reisen und Abenteuer“ wird von jung und alt mit größtem Interesse gelesen werden.

Einen Taschen-Notizkalender gibt in diesem Jahre erstmalig der Allgemeine freie Angestellten-Bund, A.F.A.-Bund, heraus. Auf kurzen Raum zusammengedrängt, bietet der handliche Kalender eine Fülle von Material. In dem Kalendarium ist Raum zum Eintragen von Versammlungen, Sitzungen usw. Das Wreßmaterial des A.F.A.-Bundes und der ihm angeschlossenen Verbände usw. ist äußerst wertvoll. In knappen Worten werden einige Ziele und Aufgaben des A.F.A.-Bundes besprochen. Weiter folgt eine kleine Abhandlung über die „Arbeit“ und die Betriebskräftebewegung. Der Kalender ist zum Preise von 2 M., ausschließlich Porto, vom Verlag des A.F.A.-Bundes, Berlin NW 52, Wertstraße 7, zu beziehen.

Jugendweiche. Wenn unsere Jungen und Mädchen im März die Schule verlassen, geben wir ihnen die Jugendweiche als ein Fest, als eine Erhebung, aber auch als eine Mahnung. Der Schritt ins Leben hinein ist ein Schritt ins Risiko, zu beginnender Verantwortlichkeit, aber auch zu höherer Freiheit und gestärktem Selbstbewußtsein. Freiheit und Selbstbewußtsein sollen recht benutzt und ausgeschöpft werden zum Wohle der Klasse, zur Befreiung der Persönlichkeit und der Menschheit. Dies ist die Mahnung. Als Halt im Wirrsal der Eindrücke, als Mittel der Mahnung zu folgen, bringen wir den Jungen und Mädchen Ethik und Gesinnung des Sozialismus und die Solidarität der Erwachsenen als Festgabe. Was wir ihnen an der Lebensscheide sagen, soll bleiben und Wurzel fassen. Das bezweckt das Büchlein von Engelbert Graf „In 3 Leben hinein“, das die Buchhandlung „Freiheit“ in Berlin, Breitestraße 8/9, in schmucker Ausstattung herausgebracht hat und bestens empfohlen werden kann. Es ist eigens als Festgabe bei den Jugendweichen bestimmt und enthält ausgewählte Gedichte und Prosastücke. Wieder mit Noten schließen den Band. In den besten Schriftarten auf besonders gutem Papier gedruckt, ist der reiche Inhalt auf 72 Seiten untergebracht. Der Einband ist dem Inhalt entsprechend gut und dauerhaft. Das Buch kostet im Einzelverkauf 8 M. Organisationen, denen bei größeren Bezügen der Preis bedeutend ermäßigt wird, wollen sich direkt an die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin O 2, wenden.

In der soeben erschienenen Nr. 4 der „Sozialen Bauwirtschaft“ ruft der Leitartikel „Um Scheidewege die Arbeiterorganisationen, die baugewerblichen Hand- und Kopfarbeiter und die gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsfürsorgegesellschaften zum energischen Widerstande gegen die von Bodenpekulanten, Baustoffhändlern, Privatarchitekten, Hypothekendarlehen und Hausbesitzern betriebene eigennützige Wohnungspolitik auf. Die Finanzierung der Neubautätigkeit behandelt ein weiterer Artikel; dann folgt die Resolution der Gewerkschaften an den Reichstag und die Reichsregierung. Auch dieses Heft zeigt, daß die Herausgabe der Zeitschrift eine Notwendigkeit gewesen ist. Das Abonnement beträgt monatlich 6 M.

Die Woche vom 6. bis 12. März 1921 ist die 10. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Berlin. Am 7. Februar starb der Kollege Wilhelm Nigg, geboren am 6. Mai 1860 in Berlin.
 Düsseldorf. Am 16. Februar starb unser Kollege Wilhelm Pflüger im Alter von 64 Jahren.
 Hamburg. Am 29. Januar starb unser Kollege Karl Scharnweber, geboren am 11. Mai 1890 in Garbur.
 — Am 11. Februar starb unser Kollege Hugo Olmiger, geboren am 29. April 1862 in Hannover.
 — Am 12. Februar starb der Kollege Paul Böhl, geboren am 8. Mai 1880 in Wlona.
 Kiel. (Malente.) Am 8. Februar starb plötzlich an den Folgen des Krieges unser Kollege Gustav Bünning im Alter von 47 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken!

Hauslasterer gesucht.

Die Gültungsverwaltung Dresden beabsichtigt, zum April dieses Jahres einen Hauslasterer anzustellen. Bewerbungen müssen mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 30. März dieses Jahres an das Bureau der Gültverwaltung, Rönigerstraße 2, 2. St., eingereicht sein.
 Die Bewerbung muß genaue Angaben über Name, Alter, Geschicklichkeit und bisherige Tätigkeit in der Organisation enthalten. Die Bewerber müssen dem Verbandsmitglied 10 Jahre angehört und agitorisch tätig sein können. Für solche Bewerber, die den gestellten Anforderungen entsprechen, können in Frage kommen.
 Die Gültververwaltung Dresden.

Kammzug — Kunstputz

Während des Arbeitsfelds der Zukunft für jeden Arbeiter.
 Sollte verhandelt: Benennung praktische Arbeitsanleitung (enthält: I. Materialien, II. Zusammenstellen der Waffe, III. Verarbeiten der Waffe, IV. Zur besonderen Beachtung) mit 10 handgezeichneten Kupferplatten, Größe: 20x25 cm. Wichtige Details sind durch die Arbeit am Lager. — Ausgabe I: Arbeitsanleitung mit 7 Kupferplatten 25 M. Ausgabe II: Arbeitsanleitung mit 10 Kupferplatten 40 M. Versand gegen Nachnahme oder Voranlieferung des Betrages.
 K. Strauch, Hoff, Oberhausen.

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigungsloser, ob im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich in sein meiste Nachhabenspausen zur Herstellung von Brillant-Glasplattenmaterialien sowie auch zur Herstellung von Plattenmaterialien aller Art wenden läßt. Mit Hilfe meiner Nachhabenspausen kann jedermann sofort die saubersten Glas- und Plattenmaterialien herstellen. Besonders wertungswert sind die ganz neuen Aluminium-Glasplattenmaterialien, die etwas ganz Neues und wirklich Vornehmeres sind. Ganze Serie Nachhabenspausen, bestehend aus 10 Doppelalphabeten (jedes Alphabet 26 große und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 6 verschiedenen Höhen von 1/4 bis 3/8 cm) sowie Zahlen, Zeichen und Wägelchen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigen Schriftstücken in Werte von allen 5,00 M., einem Vogen Goldfolien und einem Vogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serien nur 21 M. gegen Nachnahme.
 Albin Kutzinacher, Vater, Silber im Rheinland.

Kernleder-Doppelsehnen
 aus prima eichenholzgegerbten
 Sohleberhäuten gefertigt.
 Gebe ab bis auf weiteres zu den
 folgenden billigen Preisen pro Paar:
 I. Qualität:
 Herren 16,50, Damen 14, Kinder 10 M.
 II. Qualität:
 Herren 14,50, Damen 12, Kind. 8,50 M.
 Möchte für:
 Herren 8, Damen 7, Kinder 1 M.
 Versand per Nachnahme, Porto
 und Verpackung wird berechnet.
 Nichtgefallendes nehme jederzeit
 retour. Die Herren Kollegen und Ver-
 triebstände, die Sammelbestellungen
 bewerkstelligen, erhalten Prozente.
 Sohleberwert,
 Lor. Port, Greifing b. München

Zeber Kollege
 bestelle sofort einen Probekollegen
 „Der Dekorationsmaler“
 3 farbige Seiten mit 12 farbigen
 Farbentafeln. Preis 6 M. bei Vor-
 einzahlung des Betrages.
Quelle-Verlag, München 11.
Wilhelm Walter
Seife, Lacke, Seime
 Billigste Seifequelle.
 Wasser und Seife.
 Camberg, Wartelstraße 7.
 Geschäftzeit von 8 1/2 bis 7 Uhr.
 Nr. 8 des „Correspondenzblatt“
 liegt heute bei.

Tetralin, ein deutsches Lösungsmittel von stets gleicher Beschaffenheit, billig in der Verwendung zum Lösen, Verdünnen, Abwaschen usw., usw. Auskunft erteilt Tetralin G. m. b. H., Berlin W 8.



Zeilschuldverschreibungen

der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg
 Jederzeit erhältlich in Stücken zu 500, 1000, 5000 und 10000 Mark

Verzinsung im Jahr

5 1/2 %

Gedruckte Bedingungen sind in allen Consumvereinen zu haben oder abzufordern bei der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg 1, Besenbinderhof 52